

Aus vietnamesischer Sicht ist das chinesische Vorgehen umso unerträglicher, als das umstrittene Gebiet unweit der Paracel-Inseln liegt, die China dem früheren Südvietnam i.J. 1974 gewaltsam entrissen hat und seither besetzt hält.

Die alte Frage, wer Souveränität über die ölreichen Seegebiete hat, die von den Chinesen "Südchinesisches Meer", von den Vietnamesen aber "Östliches Meer" genannt werden, taucht damit erneut auf. Die Vietnamesen stehen auf dem Standpunkt, es handle sich hier um einen Bereich, der - nur 64,5 Seemeilen von der vietnamesischen Küste entfernt - sowohl zum vietnamesischen Kontinentalschelf als auch zur "ausschließlichen Wirtschaftszone" Vietnams gehöre, in dem chinesische Ölschiffe nichts zu suchen hätten.

Beijing dagegen brachte erneut sein bekanntes Argument auf den Tisch, daß aus historischen Gründen (China habe als erster Staat das einst herrenlose Gebiet besetzt) das ganze Südchinesische Meer - und deshalb auch der umstrittene Abschnitt - ohne Zweifel der chinesischen Souveränität unterstehe: das betreffende Gebiet liege ja auch nur 71 Seemeilen südlich der chinesischen Inselprovinz Hainan.

China bietet den Vietnamesen - ungeachtet der Eigentumsfrage - einen "Produktionsteilungsvertrag" an, doch will sich weder der Staat Vietnam, noch die staatliche Firma Petrovietnam, auf ein solches Angebot einlassen: Wie könne China, das sich ganz und gar ohne Berechtigung auf vietnamesischem Hoheitsgebiet festgesetzt habe, nun auch noch die Stirn besitzen, dem Souverän und Eigentümer einen "Produktionsteilungsvertrag" anzubieten!?

Hanoi ist über das chinesische Vorgehen um so verärgert, als noch kurze Zeit vor dem 7. März alle Zeichen auf bestes wechselseitiges Einvernehmen gestanden hatten:

So hatte z.B. am 29. und 30.1.97 die 8. Sitzung des "Gemeinsamen vietnamesisch-chinesischen Tongking-Golf-Ausschusses" in Beijing getagt, der am 19.3.93 bereits Grundprinzipien für Abgrenzungsfragen im Golf von Tongking vereinbart hatte und auch seither ganz zur Zufriedenheit beider Seiten gearbeitet hatte (RH in SWB, 7.2.97). Auch anlässlich des Todes Deng Xiaopings kam es zu Besprechungen und Sympathiekundgebungen (XNA, 22.2.97).

Der chinesische Schritt vom 7. März und der sich anschließende Disput schienen jedoch alle bisher erzielten Ergebnisse wieder in Frage zu stellen.

Immerhin kamen beide Seiten mittlerweile dann überein, im Gespräch zu bleiben und auf Gewalt zu verzichten.

Zornig informierte die vietnamesische Seite auch die ASEAN-Regierungen, mit denen gemeinsam Hanoi seit 1996 im gleichen Boot sitzt und mit deren Sympathie es rechnen kann.

Antichinesische Gemeinsamkeiten der ASEAN wären für Beijing am Ende die vielleicht unangenehmste Folge des erneuten vietnamesisch-chinesischen Zusammenstoßes, zumal es noch Ende Februar zu zahlreichen Besprechungen zwischen den ASEAN-Regierungen und China im Rahmen des ARF (ASEAN Regional Forum) gekommen war. Bei dieser Tagung war Ende Februar vereinbart worden, daß künftig ein China-ASEAN-Informationszentrum aufgebaut und daß es zu einem dichteren Personalaustausch zwischen den ASEAN-Ländern und China kommen solle. -we-



(IHT, 21.3.97)

Existenzsicherung und Entwicklung, demokratische Rechte der Bürger, Menschenrechtsgarantien im Justizsystem, der Schutz von Arbeitnehmerrechten, das Recht der Bürger auf Bildung, die Rechte von Frauen und Kindern sowie der Schutz der Rechte ethnischer Minderheiten behandelt.

Wie in den zuvor veröffentlichten Weißbüchern werden insbesondere die sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte der letzten Jahre sowie Chinas Anstrengungen in der Armutsbekämpfung hervorgehoben. Darüber hinaus wird jedoch auch auf jüngere Rechts- und Justizreformen (Revision des Strafrechts, Anwaltsgesetz etc.) sowie auf eine Stärkung demokratischer Verfahren in Volkskongressen und Dorfwahlen hingewiesen, die zum Schutz bürgerlicher Rechte der Bevölkerung beitragen sollen.

Der Umfang dieses dritten Weißbuchs macht nur noch die Hälfte des entsprechenden Dokumentes von 1995 aus. Abschnitte über die Erforschung der Menschenrechte und über die Entwicklung internationaler Menschenrechtsaktivitäten, die in dem vorletzten Papier noch enthalten waren, sind in der neuen Version weggelassen worden. Im jüngsten Weißbuch findet sich erstmals keine ausführlichere Darstellung der Rechte auf Religionsausübung. Der defensive Grundton des Dokuments ist offenkundig. Nur in Nebenbemerkungen wird - ohne konkrete Hinweise - eingeräumt, daß es auch "nicht befriedigende" Zustände im Hinblick auf die Menschenrechtssituation in China gebe. (CNA, No. 1583, April 15, 1997) -hei-

\*(5)

**Politischer Wille zu durchgreifender Reform der Staatsindustrie erkennbar: Das Ende der "ummauerten Wirtschaft"?**

Die politische Führung in Beijing hat offenbar intern einen Konsens über eine durchgreifende Reform des schwer angeschlagenen staatlichen Wirtschaftssektors hergestellt. Nach Erkenntnissen des *Asian Wall Street Journal*, das sich in seinem Bericht auf Aussagen namentlich genannter Spitzenfunktionäre und Wirtschaftsberater der Zentralregierung beruft, will die Führung um Jiang Zemin auf dem im Herbst anstehenden XV. Parteitag einen Durchbruch in der Schlüsselfrage notleidender Staatsunternehmen erzielen. (AWSJ, 7.4.1997) Die geplanten Reformmaßnahmen

---

## Innenpolitik

---

\*(4)

**Das dritte Weißbuch der chinesischen Regierung zur Menschenrechtssituation**

Nach der Veröffentlichung von Weißbüchern zur Menschenrechtssituation im November 1991 und im Dezember 1995 hat das Informationsamt der chinesischen Regierung nun ein drittes offizielles Dokument zu "Fortschritten in der Menschenrechtssituation" veröffentlicht (RMRB, 1.4.1997). In sieben Abschnitten werden das Recht des Volkes auf

könnten zu einer weitreichenden Neuverteilung der Eigentumsrechte und Industriebeteiligungen in der chinesischen Wirtschaft führen.

Dem überwiegenden Teil der Staatsunternehmen soll nach diesen Plänen erlaubt werden, ihre Eigentumsstruktur durch Hinzuziehung in- und ausländischer Investoren sowie durch die Ausgabe von Aktien an private Käufer zu diversifizieren. Auch soll eine der letzten Bastionen der sozialistischen Ideologie - die "Vorrangstellung" des öffentlichen Eigentums in der Volkswirtschaft - nicht mehr quantitativ (Anteil am Volksvermögen bzw. am Bruttoproduktionswert), sondern qualitativ (Anteil an strategischen Industrien) interpretiert werden. Darüber hinaus soll die Zahl der Städte, die mit Konkursen und Fusionen von Staatsunternehmen experimentieren dürfen, von 58 (1995) auf 111 (1997) erhöht werden. Insbesondere kleinen Staatsunternehmen sollen größere Spielräume für eine Reorganisation zugestanden werden; die Regierungen sollen sich künftig auf die Reform großer Staatsunternehmen konzentrieren (*zhua da, fang xiao*).

In mancher Hinsicht würde durch eine solche neue nationale Politik eine Entwicklung bestätigt, die in den letzten Jahren schon auf lokaler Ebene vorangetrieben wurde: Manche experimentierfreudigen Stadt- und Kreisregierungen haben mit großem Erfolg eine "Reorganisation des Staatsvermögens" und der Unternehmensstrukturen (*chongzu zichan, tiaozheng jiegou*) in ihrem Verwaltungsbereich unternommen. In Suzhou (nahe Shanghai), das zu den meistbeachteten Trendsettern in dieser Hinsicht gehört, spricht man schon selbstbewußt von der Durchbrechung der "ummauerten Wirtschaft" (*weiqiang jingji*) der alten sozialistischen Ära. (*Xinhua Ribao*, Nanjing, 7.4.1997; Interviews des Verfassers in Suzhou Anfang April)

Während die Beijinger Parteispitze an den neuen Reformentwürfen arbeitet, die auf dem Parteitag vermutlich nicht ohne Widerstand durchzusetzen sein werden, hat sich die Krise des Staatssektors weiter zugespitzt. Die Zahl der 1996 vollzogenen Konkurse hat mit 6.232 die Gesamtzahl der Jahre 1989 bis 1995 (5.395) übertroffen. Die von Beijing benannten Stadtregierungen, die mit neuartigen Konkurs- und Reorganisationsverfahren experimentieren dürfen, machen von den Möglichkeiten regen Gebrauch, zumal die Zentralregie-

rung einen Sonderfonds zur finanziellen Abfederung der unmittelbaren Konkurskosten und anschließenden Beschäftigungsprogramme eingerichtet hat. Einige örtliche Regierungen haben die neuen Bestimmungen offenbar auch als Anlaß genommen, Konkurse zu forcieren oder vorzutäuschen, um durch defizitäre Staatsbetriebe entstandene Finanzlasten auf die Zentralregierung abzuwälzen. Es wird damit gerechnet, daß es 1997 zu mehr als 10.000 Konkursen kommen könnte, falls die Regierung nicht interveniert (*Zuzhi renshi Bao*, 3.4.1997; *Xinhua*, 19.4.1997; SCMP, 2.5./21.4./29.1.1997)

Angesichts zahlloser Fälle von Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit der Reorganisation des Staatssektors hat im März die Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh zusammen mit anderen Organen der Zentralregierung mehrere Zirkulare verbreitet, in denen zu einer Stärkung der Aufsichtsfunktionen von Parteiorganen in Staatsunternehmen aufgerufen wird. (*Jingji Ribao*, 24.3.1997; *Zuzhi renshi Bao*, 27.3.1997) Betriebsleitungen, die sich als nicht qualifiziert oder nicht integer erwiesen hätten, müßten ausgewechselt werden. Cheng Weigao, Provinzparteisekretär in Hebei, wies jedoch in einem Beitrag für das ZK-Theorieorgan *Qiushi* (1997/7, S.11-14) auf ernüchternde Ergebnisse einer aktuellen Studie über die Situation in einhundert großen und mittleren Staatsbetrieben hin: Mehr als 30% der innerbetrieblichen Parteiorgane sind nach einer selbstkritischen Einschätzung der dort aktiven Parteifunktionäre nicht mehr in der Lage, eine wirkungsvolle Aufsicht über die Unternehmensführung auszuüben. Die Beziehungen zwischen Parteikomitee, Vorstand (*dongshihui*), Aufsichtsrat (*jianshihui*) und Management (*jingliceng*) seien häufig ungeklärt. Die Parteiorgane könnten nur eine aktive Rolle spielen, wenn die Parteisekretäre durch Doppelfunktionen und Ämterüberlappungen (*jiaocha renzhi*) zugleich in die betrieblichen Entscheidungsgremien eingebunden würden. Diese Schlußfolgerung macht deutlich, daß der Zugriff der Partei auf staatliche Unternehmen auch mit den nun geplanten Reformen kein Ende nehmen wird: Die Führungsrolle der Partei bildet weiterhin den unantastbaren Kern des "Sozialismus chinesischer Prägung". - hei-

\*(6)

### Forum zur Wirtschaftskooperation zwischen Ost- und Westchina: Kritik an Beijings Untätigkeit

Anfang April hat in Xi'an (Provinz Shaanxi) das "Forum (*qiatanhui*) über Zusammenarbeit, Investitionen und Handel zwischen Ost- und Westchina 1997" stattgefunden. Die Konferenz wurde vom Staatsratsbüro für die Sonderwirtschaftszonen (SWZ), von den Provinzen Jiangsu und Shaanxi sowie von den Regierungen Shanghais und Tianjins gemeinsam veranstaltet.

Mehrere Shanghaier Unternehmensgruppen aus der Textilbranche und der Leichtindustrie sowie Handelsunternehmen nutzten die Konferenz, um ihre Stärken zu präsentieren oder Angebote für Unternehmenskooperationen zu unterbreiten. (*Jiefang Ribao*, Shanghai, 4.4.1997) Lokale Verwaltungen und Unternehmen aus der Provinz Jiangsu, die zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Chinas gehört, schlossen mit Partnern aus der unterentwickelten Provinz Shaanxi Verträge über insgesamt 35 gemeinsame Investitionsprojekte mit einem Gesamtvolumen von 280 Mio. Yuan RMB sowie Abkommen über Handels- und Technologiekooperation ab. Jiangsu und Shaanxi hatten den gegenseitigen Wirtschaftsaustausch bereits in den letzten Jahren verstärkt. (*Xinhua Ribao*, Nanjing, 8.4.1997) Insgesamt sollen auf dem Forum 305 Verträge mit einem Investitionsvolumen von 3,64 Mrd. Yuan RMB unterzeichnet worden sein.

Am Rande der Konferenz wurde von einem Funktionär aus Shaanxi massive Kritik an der "Vernachlässigung" der westlichen Provinzen durch die Beijinger Zentralregierung geäußert. (SCMP, 10.4.1997) Ministerpräsident Li Peng habe Anfang 1996 zugesagt, daß die Zentralregierung den Inlandsprovinzen verstärkt durch Investitionsprogramme und Förderung ausländischer Investitionen unter die Arme greifen werde. Aber dies seien nur "leere Worte". Beijings Finanzhilfen seien genauso ausgeblieben wie konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Umfeldes für ausländische Investoren. Auch auf dem jüngsten Forum habe die durch das SWZ-Büro vertretene Zentralregierung keine aktive Rolle gespielt. Die während des Forums abgeschlossenen Verträge seien zwischen Unternehmen aus den Küsten- und Inlandsregionen ohne Mithilfe Beijings zustande gekommen. Auch habe Beijing noch nicht entschieden, welchen

Beitrag es zur Finanzierung der geplanten landwirtschaftlichen Hochtechnologiezone nahe Xi'an leisten und welche Privilegien die Zone zur Anziehung ausländischen Kapitals erhalten werde. Darüber hinaus seien die Westprovinzen in Beijing auch mit ihrem dringlichen Vorschlag auf taube Ohren gestoßen, neben Shanghai und Shenzhen einen dritten Börsenstandort in Westchina zu eröffnen, um dortigen Firmen die Aufnahme von Kapital zu ermöglichen und ein regionales Finanzzentrum aufzubauen. -hei-

\*(7)

### Soziale Entwicklung in Chinas Städten: Shanghai an der Spitze

Das Shanghaier Forschungsinstitut für wissenschaftlich-technische Informationen hat in einer aktuellen Studie das "umfassende soziale Entwicklungsniveau" (*zonghe shehui fazhan shuiping*) in sieben hochentwickelten chinesischen Großstädten vergleichend untersucht. In der Indexwertung liegt Shanghai mit 13.467 Punkten knapp vor Beijing (13.440) und deutlich vor Shenzhen (11.461), Guangzhou (11.050), Tianjin (7.467), Shenyang (7.353) und Wuhan (5.599).

Als besondere Stärken Shanghais werden in der vergleichenden Studie unter anderem der Ausbildungsstand und der Lebensstandard der Bevölkerung, das Entwicklungsniveau im Finanzsektor, in Forschung und Entwicklung, im Gesundheits- und Verkehrswesen sowie die günstigen Bedingungen für in- und ausländische Investoren hervorgehoben. (*Xinmin Wanbao*, Shanghai, 10.4.1997) -hei-

\*(8)

### Warnungen vor überhöhtem Haushaltsdefizit: "Gefahr für die Sicherheit der Volkswirtschaft"

Die einflußreiche politische Zeitschrift *Liaowang* (1997/12, S.12-13) hat in einem instruktiven Artikel eindringlich vor den Gefahren des hohen Defizits im Staatshaushalt für die "Sicherheit der Volkswirtschaft" gewarnt und sich skeptisch über die Bemühungen des Finanzministeriums geäußert, bis zum Jahr 2000 einen Haushaltsausgleich zu erreichen. In den siebzehn Jahren zwischen 1979 und 1995 habe das Haushaltsdefizit nahezu kontinuierlich und in den neunziger Jahren sogar sprunghaft zugenommen. Während der Laufzeit

des achten Fünfjahrplans (1991-1995) habe sich das Defizit auf das 2,3fache des siebten und sogar auf das 23,3fache des sechsten Fünfjahrplans erhöht.

International anerkannte Grenzwerte für ein volkswirtschaftlich vertretbares öffentliches Haushaltsdefizit (die chinesischen Autoren gehen von 3% des BIP bzw. 15% der gesamten Staatsausgaben aus) seien 1994 und 1995 mit über 3,7% (Anteil am BIP) bzw. mehr als 40% (Anteil an den Staatsausgaben) deutlich übertroffen worden. Der Haushaltsausgleich müsse um der gesamtwirtschaftlichen Stabilität willen in viel stärkerem Maß als bisher zu einem Schwerpunkt der Regierungsarbeit werden. -hei-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

\*(9)

### Vertiefte Reformen an der Akademie der Wissenschaften

In Umsetzung des Staatsrat-Beschlusses über die Vertiefung der Reform des Wissenschaftssystems vom Oktober 1996 hat die Chinesische Akademie der Wissenschaften weitere Reformmaßnahmen eingeleitet mit dem Ziel, die Aufgaben bis zum Jahr 2000 und die Zeit danach zu definieren. Auf einer Tagung über die Arbeit der Akademie für das Jahr 1997 wurden folgende Schwerpunkte der Reform festgelegt (vgl. RMRB, 10.4.97):

1. Bei der Projektplanung bis zum Jahr 2000 geht man in bezug auf strategische Schwerpunkte, Auswahlprinzipien und Organisationsformen neue Wege. Bei der Auswahl von Projekten der Grundlagenforschung zählen nicht nur die Vorzüge des Projektes selbst, sondern es wird auch Wert darauf gelegt, daß die Entwicklungstendenzen der betr. Wissenschaft analysiert werden (wohl im Hinblick auf die praktische Umsetzung) und die langfristigen Forderungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung geprüft werden. Das heißt, man wählt solche Projekte aus, bei denen der Durchbruch große wissenschaftliche Bedeutung hat und zugleich strategischen Einfluß auf die sozioökonomische Entwicklung nehmen kann. Auf dem Gebiet der High-Tech-Forschung werden solche

Projekte ausgewählt, die für die staatliche Finanzverwaltung und die Lebensverhältnisse des Volkes bedeutsame Fortschritte erzielen können, die Kräfte für neue Forschungsergebnisse bündeln und den Industrialisierungsprozeß beschleunigen. Ein weiterer Schwerpunkt neben Grundlagen- und High-Tech-Forschung ist die Forschung auf den Gebieten Ökologie, Ressourcen, Umwelt. Hier soll die gesamte Akademiearbeit auf nachhaltige Entwicklung und kooperative Forschung in bezug auf die globalen wissenschaftlichen Probleme ausgerichtet werden. Als Auswahlprinzip für die Großprojekte spielt neben der wissenschaftlichen Bedeutung auch eine Rolle, inwieweit die Projekte die systematische Integration verschiedener Fächer und die Strukturreform der Akademie fördern und inwieweit sie neue Wachstumspunkte bilden können. Mit anderen Worten, neben der wissenschaftlichen Bedeutung werden praktische wissenschaftspolitische Ziele verfolgt und vor allem praktische Ziele für die sozioökonomische Entwicklung. Selbst die sog. Grundlagenforschung wird durchweg im Hinblick auf die in die Praxis umzusetzenden Ergebnisse betrieben.

2. Die Akademie der Wissenschaften hat bereits 40 Großprojekte ausgewählt, von denen einige schon angelaufen sind und der größte Teil bis Jahresende angelaufen wird. Dazu gehören z.B. Projekte, die den Boden für den Anbau von Handelsgetreide sichern oder neue Techniken für saubere Produktion und Kontrolle über Umweltverschmutzung entwickeln sollen, also sehr praxisnahe Projekte.

3. In struktureller und organisatorischer Hinsicht wird die Reform des Wissenschaftssystems vorangetrieben, indem man sich neben der staatlichen Planung auch auf den Markt einstellt. Hierbei wird darauf geachtet, daß die Akademie selbstbewußt und konsequent an ihrer eigenen strategischen Position festhält. Außerdem sollen alle Institute und Schwerpunktlabore innerhalb der nächsten drei Jahre ein eigenes Profil gewinnen, indem sie ihre Forschungsrichtung neu definieren, ihre Besonderheiten bewahren und Innovationen entwickeln. Wie außerdem bekannt wurde, sollen die gegenwärtig 120 Institute der Akademie der Wissenschaften durch Zusammenlegung zu 80 Instituten zusammengefaßt werden (XNA, 11.4.97).

4. Die Altersstruktur der wissenschaftlichen Mitarbeiter soll verjüngt werden, so daß jüngere Leute an die Spitze